

rituellen Leere sei es besser, ein im Atheismus Großgewordener verlange die Taufe in der katholischen Kirche als sich einer pseudochristlichen Sekte anzuschließen.

Und schließlich: In der Osterzeit 1994 erreichte *Bernardo Antonini*, Rektor des Moskauer Priesterseminars, daß seine Seminaristen in die (orthodoxe) Theologische Akademie von Sankt Petersburg aufgenommen werden können. Gleich darauf kam es zu einem Treffen von katholischen und orthodoxen Seminaristen und einem Meinungsaustausch zwischen den Professoren. Diese ersten, nach Aussagen der Beteiligten ausgesprochen brüderlichen Kontakte sollen fortgesetzt werden und zu einem formellen theologischen Austausch führen.

Die weitere Entwicklung solcher ökumenischer Bemühungen hängt zum einen von der Bereitschaft der russischen Katholiken ab, für Kontakte zwischen den Konfessionen offen zu bleiben und eine größere Wertschätzung der Orthodoxie

zu entwickeln, zum anderen von der inneren Entwicklung der russisch-orthodoxen Kirche. Wenn – was keinesfalls sicher ist – die nationalistische Tendenz die Oberhand gewinnt, werden die ökumenischen Beziehungen nicht nur argwöhnisch betrachtet, wie es heute geschieht, sondern verboten werden.

Falls sich die staatlichen Stellen in Rußland dieser Tendenz anschließen sollten, wird die katholische Kirche mit noch mehr Schwierigkeiten als derzeit zu kämpfen haben. Aber eine Verhärtung der russischen Orthodoxie würde vor allem der noch massiven religiösen Indifferenz in Rußland nützen und daneben auch den einheimischen wie importierten Sekten verschiedenster Couleur, die sich unglücklicherweise ausbreiten. Die noch zaghaften Bemühungen um eine missionarische Pastoral könnten von einem guten Einvernehmen zwischen den christlichen Kirchen nur profitieren, vor allem zwischen denjenigen, die sich als „Schwesterkirchen“ anerkennen.

François Euvé

Weniger aufregend als ihr Ruf

Zur Lage der Vatikanfinanzen

Die Finanzen von Apostolischem Stuhl und Vatikanstaat geben seit langem ein dankbares Thema in den Medien in aller Welt ab: Je weniger man weiß, desto größer die Spekulationen und Mutmaßungen über den vorgeblichen Reichtum oder aber die Finanzprobleme des Vatikans. Der folgende Beitrag faßt die wichtigsten Daten und Trends zu den Vatikanfinanzen zusammen. Der Autor veröffentlichte zum selben Thema die Monographie „Finanzen und Finanzpolitik des Heiligen Stuhls“ (Stuttgart 1993).

Wenn es um seine wirtschaftliche Lage und finanziellen Transaktionen geht, verhält sich der Heilige Stuhl erfahrungsgemäß reserviert. Noch 1980 hielt Kardinal *Giuseppe Caprio*, Präfekt der Wirtschaftspräfektur, Transparenz in finanziellen Angelegenheiten für schädlich. Dies „würde nur Verwirrung und Streitigkeiten schaffen“. Außerhalb der vatikanischen Amtsstuben waren damals nur wenige Bischöfe und Finanzexperten mit den „weltlichen“ Angelegenheiten des Heiligen Stuhls vertraut. Ein erster Schritt in die weltkirchliche Öffentlichkeit war im Mai 1981 die Gründung des „Kardinalsrats zum Studium der organisatorischen und wirtschaftlichen Probleme des Heiligen Stuhls“, in dem 15 Bischöfe aus aller Welt als Berater vertreten sind.

Ihrer Anregung folgend werden seit 1985 die kommentierten Voranschläge und Schlußrechnungen der Haushalte des Heiligen Stuhls an alle Bischöfe und Ordensobere der Weltkirche zur Kenntnisnahme versandt. Auch das Verhältnis zu Journalisten und Wissenschaftlern hat sich seit Ende der achtziger Jahre merklich entkrampft. In den letzten Jahren sind im Vatikan eine Reihe wichtiger Entscheidungen gefallen, die den Finanzen des Heiligen Stuhls neue, bedeutende Impulse gegeben haben. Nachfolgend sollen daher, nach

einem Rückblick, die Ereignisse der letzten Jahre und die aktuelle wirtschaftliche Situation des Heiligen Stuhls erläutert werden.

Kritik an der Verwendung des Peterspfennigs

Konkurrierend mit immer neuen „Enthüllungen“ über die „Schätze des Vatikans“ gab der Heilige Stuhl seit Ende der 70er Jahre regelmäßige „Alarmmeldungen“ über sein alljährliches Haushaltsdefizit heraus. Tatsächlich war das Budget seit 1970 nicht mehr im Gleichgewicht gewesen. Die Ursachen hierfür waren vielfältig. Einerseits stiegen die Ausgaben zu rasch an. Hier schlugen besonders die *Personal- und Personalnebenkosten*, die sich an den italienischen Löhnen orientierten, für eine steigende Zahl Beschäftigter zu Buche. Noch 1961 wurden vom Heiligen Stuhl „nur“ 1322 Personen besoldet, 1994 waren es bereits 3384. Andererseits gingen die Einnahmen aus dem Anlagekapital immer mehr zurück. Paul VI. hatte 1968/69 durch eine an moralischen Prinzipien orientierte Umstrukturierung des Aktienportefeuilles viele in

seinen Augen zu kapitalistische, für den Heiligen Stuhl aber dennoch wichtige Renditen abwerfende Beteiligungen abgestoßen. So waren die Investitionen seither auf Bereiche des öffentlichen Dienstleistungsgewerbes sowie im Bank- und Versicherungssektor konzentriert, wobei Sperrminoritäten und Minderheitsbeteiligungen verboten waren und nirgends mehr als sieben Prozent des Aktienkapitals gehalten werden durften. Ungünstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Inflation in Italien trugen zur Verschärfung der Lage bei, so daß das Defizit des Heiligen Stuhls auch in den achtziger Jahren weiter anstieg, wie folgende Tabelle (in US-Dollar) zeigt.

Defizite

1980	20 550 000	1981	28 000 000
1982	29 431 000	1983	25 542 000
1984	26 845 000	1985	36 928 000
1986	56 723 375	1987	63 801 366
1988	57 225 649	1989	69 916 860
1990	86 281 000	1991	87 526 258

Zum Ausgleich der Fehlbeträge konnte man zunächst auf die in den fünfziger und sechziger Jahren angelegten Reserven zurückgreifen. Sie waren jedoch schon 1972 erschöpft. Seit 1973 wurden zuerst Teile, schließlich der Gesamtbetrag des weltweit gesammelten, für die karitative Hilfsfähigkeit der Päpste bestimmten Peterspfennigs zum Budgetausgleich herangezogen. In den Jahren 1979 bis 1982 überstiegen die Defizite die jährlichen Sammelergebnisse, so daß Gewinnüberschreibungen des stets mit Haushaltsüberschüssen abschließenden Vatikanstaates in Anspruch genommen werden mußten. Von 1985 bis 1991 erreichten die Fehlbeträge solche Höhen, daß man auf die Rücklagen des Peterspfennigfonds und zuletzt sogar auf Kapitalreserven zurückgriff. Die von 1980 bis 1991 gesammelten Peterspfennigbeträge präsentiert (in US-Dollar) nachfolgende Übersicht.

Peterspfennigerträge

1980	20 527 000	1981	24 652 000
1982	27 448 021	1983	27 668 514
1984	25 829 145	1985	28 491 365
1986	32 031 914	1987	50 299 858
1988	52 935 989	1989	48 438 086
1990	57 793 118	1991	62 355 495

Zu Beginn der neunziger Jahre war das Problem einer langfristig gesicherten Bilanzierung des Haushaltes des Heiligen Stuhls drängender denn je. Aus mehreren Diözesen der Weltkirche war Kritik an der Zweckentfremdung des für die Armen der Welt gesammelten Peterspfennigs aufgekommen und eine zu geringe Entschlußkraft zu durchgreifenden Reformen innerhalb der Kurie bemängelt worden.

Für den 8. und 9. April 1991 hatte Johannes Paul II. daher eine Sondersitzung der Vorsitzenden aller 109 nationalen Bischofskonferenzen einberufen, die sich ausschließlich mit der Frage der Finanzierung des Heiligen Stuhls befassen sollte. Der Präfekt der Wirtschaftspräfektur, Kardinal *Ed-*

mund Szoka, stellte den Bischöfen folgende Rechnung auf: zum 31. Dezember 1989 verfügte der Heilige Stuhl über ein mobiles Vermögen von 406,5 Millionen US-Dollar, wovon 170 Millionen auf liquide Mittel, 142 Millionen auf Titel und Beteiligungen und 94,5 Millionen (zumeist) auf Gold entfielen. Hinzu kamen Werte von über 300 Millionen in Immobilien, so daß der Gesamtbestand des Patrimoniums des Heiligen Stuhls bei rund 707 Millionen US-Dollar lag. Mit den aus dem renditefähigen Kapital zu erwartenden Erträgen seien, so Szoka, die künftigen Ausgaben der Römischen Kurie nicht zu decken. Bei der Diskussion um neue Einnahmequellen wurde die Idee einer „Weltkirchensteuer“ aus Gründen nicht zu realisierender Steuergerechtigkeit und fehlender Bemessungsgrundlagen abgelehnt. Die Beratungen schlossen mit dem Appell, die Ortskirchen verstärkt auf Can. 1271 des Kirchenrechts hinzuweisen.

Die „freiwilligen“ Kontributionen der Bistümer

Dieser besagt: „Die Bischöfe sollen... gemäß den Möglichkeiten ihrer Diözesen zur Besorgung der Mittel beitragen, die der Apostolische Stuhl braucht, damit er seinen Dienst... ordnungsgemäß zu leisten vermag.“ Ziel müsse es sein, durch *freiwillige Kontributionen* der Bistümer einen größtmöglichen Teil des Peterspfennigs für karitative Zwecke einsetzen zu können. Peterspfennig und Diözesanspenden sollen gleichermaßen im 1989 beim Staatssekretariat eingerichteten „Büro des Peterspfennigs“ gesammelt werden. Neben den Kollektengeldern und Überweisungen nach Can. 1271 aus den Bistümern laufen hier auch die von den Ordensgemeinschaften getätigten Sammlungen und die meisten der von privaten Stiftungen übermittelten Anlageerträge ein (zum Peterspfennig: *Hartmut Benz*, Mit kleiner Münze groß gebaut; in: Rheinischer Merkur, 17.6.1994).

Neben der Ermutigung privater Spender-Initiativen und verstärkter Informationsarbeit in Bistümern, Verbänden und Parteien durch *Arturo Martìn*, den Leiter des Peterspfennig-Büros, konzentrierte man sich im Vatikan nach 1991 auch auf eine Optimierung des weltweit gestreuten Anlagekapitals und mögliche Sparmaßnahmen in den (heute) 49 zum Heiligen Stuhl gezählten Verwaltungen. Einnahmen und Ausgaben seien auf eine gesunde Grundlage im Sinne einer renditefähigen Konsolidierung zu stellen, um nicht von der eher zufälligen Spendenwilligkeit der Gläubigen abzuhängen. Als lenkende Kräfte sind hier Kardinal Szoka (seit 1990 im Amt) und der Präsident der Güterverwaltung des Heiligen Stuhls (APSA), Kardinal *Rosalio J. Castillo Lara* (von 1989 bis 1995 im Amt), zu nennen.

Alle nachfolgend genannten Beträge verstehen sich, soweit nicht anders angegeben, in Lire, der Währung, die der Heilige Stuhl für die täglichen Geschäftserledigungen nutzt. Die zwischen 1991 und 1995 teilweise erheblich schwankenden US-Dollar- und DM-Kurse der Lira würden die tatsächlichen Veränderungen von Vermögensstand und Bilanzgrößen verzerrt wiedergeben.

Die Ausgaben, so war vorauszusehen, würden sich nur schwer drosseln lassen. Seit 1986 kam der Heilige Stuhl für „Radio Vatikan“ auf, eine Rundfunkstation, die mit modernster (und kostspieliger) Technologie ausgestattet werden mußte, sollte sie ihren Auftrag weltweiter Glaubensverkündigung wahrnehmen können. Auch in den übrigen Abteilungen verursachte die notwendige Computerisierung der Büros beträchtliche Kosten. Ab 1989 hatte der Heilige Stuhl die Ausgaben für alle Nuntiatoren (heute bestehen volle diplomatische Beziehungen zu 156 Staaten) zu begleichen. Alljährlich schlugen der allen Beschäftigten gewährte Inflationsausgleich sowie generelle Lohnanpassungen negativ zu Buche. Als weiteres kostenträchtiges Problem hararte die Schaffung eines *Pensionsfonds* seiner Lösung.

Zwar wurden am Vatikan schon immer individuelle Prozentsätze der Löhne als Beiträge für einen Abfindungsfonds, die italienische Sozialversicherungsanstalt INPS und den Gesundheitsdienst des Vatikans FAS, der heute 9009 Mitglieder zählt, einbehalten, die Pensionen aller beim Heiligen Stuhl und Vatikanstaat Beschäftigten wurden jedoch aus den *laufenden Einnahmen* bezahlt. Während der Vatikanstaat die Renten für seine knapp 500 Pensionäre aus Rücklagen aufbringen kann, stehen dem Heiligen Stuhl, wo heute 901 Rentner zu bezahlen sind, keine Reserven zur Verfügung.

Am 8. September 1992 billigte Johannes Paul II. daher das Reglement eines neu einzurichtenden Pensionsfonds, dessen Erträge künftig die Pensionen aller Ruheständler des Vatikans decken sollen. Als Grundkapital wurden 10 Milliarden Lire eingelegt. Ab 1. Januar 1993 stocken alle vatikanischen Administraturen das Kapital mit 20 Prozent des Monatsgehalts (15 Prozent Arbeitgeber- und 5 Prozent Arbeitnehmer-Anteil) jedes Beschäftigten auf. Eine fünfköpfige Sonderkommission der APSA legt das Geld in Wertpapieren und Beteiligungen bei Finanzierungsgesellschaften an. Ende 1994 verfügte der Fonds über 40,9 Milliarden Lire Aktiva. Um sich selbstständig zu tragen, müßte er ein Kapital von rund 500 Milliarden Lire besitzen.

Es war nicht zuletzt die Sorge um die Zukunft des Pensionsfonds, die bei der APSA ab 1992 zu einer *Umstrukturierung des Anlagekapitals* führte. Um den Fonds aufzustocken, stieß die APSA zwischen 1992 und 1994 knapp 70 Prozent ihres Goldbesitzes ab. Um eine Vorstellung von den Veränderungen bei den Aktiva des Heiligen Stuhls zu bekommen, seien nachfolgend zunächst die wichtigsten Größen des Vermögensbestands der konsolidierten Gesamtbilanzen (zum 31. Dezember) der Jahre 1991 bis 1994 (in Millionen Lire) referiert.

	1991	1992	1993	1994
Liquide Mittel	300 326	442 446	514 237	410 512
Aktien, festverzinsliche Wertp.	180 902	207 440	373 329	479 718
Gold	95 877	70 097	31 790	29 780
Sonstige Mittel	91 720	103 831	85 814	93 042
Immobilienwerte	430 159	453 976	466 777	470 528
Gesamt-Aktiva	1 098 984	1 277 790	1 471 947	1 483 580

Generell strebte die APSA die *Erhöhung ihrer Liquidität* und die *Steigerung des Investitionsanlagevermögens* an. Beraten von Direktoren der Merrill Lynch, dem Banco di Roma, der Barclays Bank, der Naumura-Gruppe (Japan) und anderen Bankern ging sie an die Optimierung ihres Vermögensbestandes. In Italien ist die APSA heute mit Aktienpaketen bei FIAT, der Generale Assicurazioni, den Telefongesellschaften STET und SIP sowie Anteilen an Baukonzernen und Bankhäusern engagiert. In den USA besitzt sie Aktien von IBM, Caterpillar, AT&T und General Motors. Bis 1993 hielt sie auch Anteile am Disney-Konzern. Ab 1993 stieg der Heilige Stuhl auch bei Privatisierungen ehemaliger italienischer Staatsunternehmen ein. Er kaufte für 964 Millionen Lire 482 000 Aktien des Banco Credito Italiano sowie Anteile an den Holdings ENEL und Comit. Insgesamt verteilt sich das Aktienportefeuille auf über 100 Titel. Das investierte Kapital des Heiligen Stuhls ist heute zu 35 Prozent in stocks und zu 65 Prozent in bonds angelegt (1992, 30:70), was eine eher auf *Sicherheit bedachte Investitionspolitik* verrät.

Seit 1993 schreibt man schwarze Zahlen

Neben dem Verkauf des Goldes und dem enormen Zuwachs an Aktien und festverzinslichen Wertpapieren fällt der Anstieg der liquiden Mittel und der konstante Aufwärtstrend des Nominalwertes der Immobilien auf. Die flüssigen Mittel stammen größtenteils aus Schulden, Gold- und Wertpapierverkäufen. An nicht für institutionelle Zwecke genutzten Immobilien besitzt die APSA heute noch 850 Mietwohnungen in Rom sowie mehrere landwirtschaftliche Nutzflächen. Der Verkehrswert aller extraterritorial oder in Italien gelegenen Gebäude wird derzeit auf 1 850 Milliarden Lire geschätzt. Die „sonstigen Mittel“ setzen sich aus kurz- und langfristigen Krediten, Rückerstattungen, abzuschreibenden Verbindlichkeiten, Rücklagen und Investitionen in nicht-konsolidierte Beteiligungen zusammen. Betrachtet man die Netto-Ergebnisse der Aktivitäten im finanziellen Bereich und im Immobiliensektor, so ist auch hier seit 1991 ein deutlicher Aufwärtstrend zu sehen (in Millionen Lire).

	Netto-Ergebnis der finanziellen Aktivitäten	Netto-Ergebnis im Bereich der Immobilien
1991	24 085	12 031
1992	89 320	19 124
1993	90 404	21 863
1994	31 465	19 492

Die großen Gewinne im finanziellen Bereich 1992 und 1993 sind auf *Zugänge durch Wechselkursschwankungen* (die Lira mußte 1992/93 enorm abgewertet werden) und hohe Zinserträge zurückzuführen. Wechselkursschwankungen und Zinszahlungen waren auch für die Verluste im Finanzsektor 1994 verantwortlich. Unverändert angestiegen sind die Mieteinnahmen für die zur APSA zählenden Immobilien. Hohe

Instandhaltungskosten für diese Gebäude ließen das Nettoergebnis im Immobilienbereich 1994 etwas niedriger ausfallen. Dennoch hätten alle selbsterwirtschafteten Erträge die in jenen Jahren anfallenden Kosten nicht decken können, wenn dem Heiligen Stuhl nicht *zusätzliche finanzielle Unterstützung aus der Weltkirche* zugeflossen wäre. Als Reaktion auf den päpstlichen Appell von 1991 stiegen die Diözesan-Überweisungen nach Can. 1271 sowie die für diesen Zweck deklarierten Spenden von Ordensgemeinschaften, Institutionen, Stiftungen und Vereinigungen stetig an. Seit 1992 werden sie der Wirtschaftsrechnung des Heiligen Stuhls zugeschlagen. Parallel zu ihrem Anwachsen sank der „normale“ Peterspfennig für die Caritas des Papstes wie folgt (in US-Dollar) ab.

	1992	1993	1994
Canon 1271	6 875 484	8 455 170	14 845 848
Orden	2 835 360	1 590 353	1 241 441
Stiftungen	1 656 385	21 965 175	46 185 838
Peterspfennig	67 326 363	59 884 499	48 732 254

Zu den Spenden nach Can. 1271 steuerte die Deutsche Bischofskonferenz den mit Abstand größten Anteil bei, 3 036 671 (1993) bzw. 8 834 141 Dollar (1994). Besonders auffällig ist der gewaltige Anstieg der 1993/94 von Institutionen

und Stiftungen überwiesenen Beträge. Hier sind, neben dem vom Peterspfennig-Büro weitergeleiteten Geld, einige dem Papst angetragene Hinterlassenschaften sowie Überweisungen wohlhabender Gönner (besonders aus den USA) und privater Stiftungen zusammengefaßt. Insgesamt konnte der Heilige Stuhl dank deutlich gesteigener Eigenerträge und anwachsender Spendenbereitschaft in aller Welt 1993 (erstmal seit 1970) wieder schwarze Zahlen schreiben, wie folgende Übersicht (in Millionen Lire) illustriert.

	1992	1993	1994
Einnahmen	219 738	265 860	283 952
Ausgaben	223 899	263 400	283 281
Saldo	- 4 161	2 400	671

Zwar rechnete man im Voranschlag für 1995 zunächst erneut mit einem Defizit (35 132 000 000 Lire), die bislang eingegangenen Spenden aus der Weltkirche und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Italien dürften jedoch ein weitaus positiveres Ergebnis zeitigen. So ist es dem Heiligen Stuhl seit 1991 gelungen, durch erhöhte Renditen des teilweise neu angelegten Investitionskapitals sowie verstärkte Solidarität seitens der Weltkirche seine (durch Sparsamkeit nur unwesentlich angestiegenen) Ausgaben wieder auszugleichen. *Hartmut Benz*

Auf dem Weg nach Harare

Der Ökumenische Rat der Kirchen vor seiner achten Vollversammlung

Vor allem die Vorbereitungen auf die 1998 stattfindende Achte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, zugleich Feier von dessen 50jährigem Bestehen, stand auf der Tagesordnung des Zentralausschusses, der Ende September in Genf tagte. Auch zu zentralen weltpolitischen Problemen nahmen die über 150 Delegierten aus dem mittlerweile 330 Mitgliedskirchen des ÖRK Stellung

Eher nüchtern, geschäftsmäßig und arbeitsorientiert verlief die diesjährige Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, nachdem die Atmosphäre seines letzten Zusammentreffens im Januar 1994 besonders durch den Tagungsort geprägt war: das 158köpfige Gremium, höchste Instanz des ÖRKs in der Zeit zwischen den alle sieben Jahre stattfindenden Vollversammlungen, hatte sich in Johannesburg getroffen – drei Monate vor den Wahlen in Südafrika, die das definitive Ende des Apartheidregimes besiegelten (vgl. HK, März 1995, 120 ff.).

Daß sich der ÖRK in Johannesburg zurecht auch etwas selbst feierte, daran erinnerte noch einmal bei dem jetzigen Treffen in der Genfer ÖRK-Zentrale *Frank Chikane*, der ehemalige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (von 1987 bis Oktober 1994) und eine Zentralfigur des kirchlichen Widerstandes gegen das Apartheidsystem. Mit dem 1969 begonnenen – intern jedoch nie unumstrittenen –

„Programm zur Überwindung des Rassismus“ hätten der ÖRK und seine südafrikanischen Mitgliedskirchen einen „außerordentlichen“ Beitrag zur Überwindung des Apartheidregimes geleistet.

Mit dieser Würdigung und der damit verbundenen Mahnung, im Kampf gegen den weltweiten Rassismus in seinen unterschiedlichsten Spielarten nicht zu erlahmen, eröffnete Chikane zugleich die Diskussion über den Entwurf eines neuen „Rahmen-Dokumentes zum Rassismus“ – verantwortet von der dritten der vier Programmeinheiten des ÖRK „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Der Text selbst, angelegt als Diskussionsgrundlage, ruft die Kirchen zu neuerlichem Engagement gegen den weltweiten Rassismus auf, auch in seiner „ökologischen“ und „ökonomischen“ Dimension.

Für den Zentralausschuß, der vom 14. bis 22. September in Genf tagte, stand vor allem die Vorbereitung zweier ökumenischer Großereignisse auf der Tagesordnung: Zuerst die